

## Editorial



Anfangs Juni gab der Bundesrat bekannt, dass er die im Dezember 2021 vorgelegte neue Version des TARDOC noch nicht genehmigen könne. Grundsätzlich sei der TARDOC aber «eine valable Grundlage für eine neue Tarifstruktur». In einem Schreiben an die Tarifpartner hat der Bundesrat die Bedingungen für eine Genehmigung präzisiert. Bis Ende 2023 soll eine verbesserte Variante nachgereicht werden,

welche aufzeigt, wie die kostenneutrale Einführung des Tarifs sichergestellt ist. Zudem sei ein Konzept nachzureichen, welches darlegt, «wie und bis wann die im Bericht des BAG aufgezeigten Mängel behoben werden». Gleichzeitig ersucht der Bundesrat die Partner der Tariforganisation, ihre Arbeiten zur Einführung von Pauschalen für ambulante medizinische Leistungen weiterzuführen.

Damit wird das Ziel, den TARDOC bis Ende 2022 zu implementieren, unmöglich. Ärzte und Spitäler müssen weiterhin mit dem veralteten Tarmed arbeiten – einer Tarifstruktur, die völlig veraltet und unübersichtlich ist. Sie beinhaltet zu viele Positionen, die nicht mehr klinisch relevant sind, während neue, moderne Leistungen nicht oder nicht adäquat dargestellt werden. Dass FMH, Curafutura und weitere Organisationen vom bundesrätlichen Entscheid enttäuscht sind, ist entsprechend nachvollziehbar. So wird etwa die gewollte Stärkung der Grundversorgung durch Haus- und Kinderärzte auf Jahre hinaus verhindert. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Tarifpartner raschestmöglich einigen können, damit der TARDOC vor Ende 2023 genehmigt und dann umgesetzt werden kann. Für Ärzte, aber auch Versicherer und Spitäler braucht es klare Richtlinien, um das qualitativ hochwertige Gesundheitssystem der Schweiz zu erhalten und zu stärken.

Der TARDOC kann hierfür eine Lösung sein. Allerdings sind alle beteiligten Parteien aufgerufen, sich nun auf die Zielsetzung einer fairen und zeitgemässen Tarifordnung zu konzentrieren und von falschen Vorwürfen und Unterstellungen abzusehen. Nur so können wir die Gesundheitskosten bei gleichzeitigem Qualitätserhalt in den Griff bekommen.

Herzlich,

Dr. med. Gerardo Maquieira  
(Präsident FMP)

## Ungerechtfertigte Vorwürfe an die Ärzteschaft

**Kürzlich veröffentlichte die Aargauer Zeitung einen Kommentar zu den steigenden Gesundheitskosten, welcher den Ärzten mangelndes Problembewusstsein unterstellte. Die Ärzteschaft lebe «auf einem eigenen Planeten» und präsentiere nie brauchbare Vorschläge, wie der Kostenanstieg zumindest ein wenig gebremst werden könnte. Die FMP wehrt sich gegen diese Unterstellungen.**

Die verworfene «Managed Care»-Vorlage als Argument dafür anzufügen, dass sich Ärzte gegen sämtliche Einsparungen und Reformen im Gesundheitswesen stemmen, spricht Bände. Ebenso ist die Argumentation, der Kostenanstieg im Gesundheitswesen zeige sich im Anstieg der Krankenkassenprämien, eine unzulässige Verkürzung. FMH-Präsidentin Yvonne Gilli hat dies im Rahmen ihres Vortrags bei der FMP, aber auch in der Schweizerischen Ärztezeitung ausgeführt: «Wer nicht zwischen Prämien und Kosten unterscheidet, präsentiert den Prämienzahlenden einen immer grösseren Teil der Rechnung – und lässt sie in dem Glauben, sie zahlten nur deshalb mehr, weil die Gesamtrechnung höher sei.»

Gilli weist darauf hin, dass die Verkürzung der Kostendiskussion auf eine Prämien Diskussion problematisch sei: Anno 1996 wurden erst 29,9% der Gesundheitsausgaben über Prämien finanziert – deutlich weniger als heute. Wer den Prämienanstieg abbildet und nicht erwähnt, dass diese Prämien heute einen viel grösseren Teil des Gesundheitswesens finanzieren, erzeugt einen falschen Eindruck. Er suggeriert, die Prämien würden ausschliesslich wegen der Kostenzunahme steigen. Würden heute aber nur 29,9% des Gesundheitswesens über Prämien finanziert, wären die Krankenkassenprämien um 21% niedriger.

### Noch mehr staatliche Regulierung?

Der Vorwurf, die Ärzte würden jegliche Gesundheitsreform blockieren, entspricht nicht der Realität. Mit dem TARDOC wurde ein valables Instrument erarbeitet, um bestehende Fehlanreize zu korrigieren und vermeidbare Kosten zu senken. Dass der Krankenkassen-Verband Santésuisse und Bundesrat Alain Berset hier Schwierigkeiten sehen, hat verschiedene Gründe.

Santésuisse hofft, die im Konkurrenzverband Curafutura zusammengeschlossenen Kassen mit dem Aufbau von politischem Druck in ihre Reihen zurückholen zu können – daher die Opposition zum TARDOC. Bundesrat Alain Berset wiederum kämpft für mehr staatlichen Einfluss im Gesundheitswesen – und nimmt dafür in Kauf, mit verordneter Medizin Zustände wie in Deutschland und Frankreich einzurichten, wo Bürokraten und Verwaltungsbeamte über das Patientenwohl entscheiden.

Nun wird der schwarze Peter den Ärzten zugeschoben. Dies geht am einfachsten über die Einkommen; Neiddiskussionen sind (leider) im Trend. Doch die Gesundheitskosten steigen nicht an, weil Ärzte mehr verdienen, sondern weil der Konsum medizinischer Leistungen merklich gestiegen ist. Weitere Kostenfaktoren sind der demografische Wandel, die enormen Fortschritte in der Medizin – sowohl in Diagnostik als auch in der Therapie – sowie der Ausbau der Spitalambulatorien.



Vortrag von Dr. med. Yvonne Gilli, Präsidentin FMH

### Wichtige EFAS-Vorlage

Sodann darf die EFAS-Vorlage («Einheitliche Finanzierung ambulanter und stationärer Medizin») nicht vergessen werden: Die stationären Kosten für medizinische Behandlungen tragen heute die Kantone (55 Prozent) und die Krankenversicherungen (45 Prozent) gemeinsam. Währenddessen werden die ambulanten Kosten zu 100 Prozent durch die Krankenversicherer gedeckt. Die Verlagerung nach dem Grundsatz «ambulant vor stationär» führt daher zu Prämienhöhen. Eine einheitliche Finanzierung würde die gewünschten Korrekturen bringen. Leider hat die Kritik der Kantone zu Verzögerungen geführt. Es ist zu hoffen, dass die Vorlage raschestmöglich vom Parlament weiterberaten wird.

Fazit: Die Diskussion über die Ärzteneinkommen ist verfehlt und zielt am Problem vorbei. Eine Verminderung der Bürokratie, Deregulierung, mehr Wettbewerb und vor allem mehr Zurückhaltung seitens der öffentlichen Hand wären zielführender.

## Termine

**17. September 2022, 10.30 Uhr** – Vorstandssitzung

**29. September 2022, 18.15 Uhr** – Informationsabend für junge Ärztinnen und Ärzte sowie Medizinstudenten

**5. November 2022, 9.00 Uhr** – Vorstandssitzung